

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

12. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

23. Juni 2009

Neue Stadtratsfraktion konstituiert

Am 15. Juni trat zum ersten Mal die neu gewählte Stadtratsfraktion zusammen.

Einstimmig beschlossen die 14 Stadträte, eine gemeinsame Fraktion zu bilden. Auf Vorschlag des Stadtvorstandes wurde Bodo Meerheim, ebenfalls einstimmig, zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt. Nachdem die Stadträte für ihre Arbeit eine Geschäftsordnung beschlossen hatten, wählten sie die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Zukünftig wird es 2 Stellvertreter geben, mit großer Mehrheit wurden Elisabeth Nagel und Hendrik Lange gewählt. Ebenfalls beschlossen wurde, die Geschäftsstelle der Stadtratsfraktion im bisherigen Umfang beizubehalten. Das Team besteht auch weiterhin aus Ute Haupt (Geschäftsführerin), Lars Goern und Gabriele Schulze. Wie in der Vergangenheit steht die Geschäftsstelle allen Bürgerinnen und Bürgern für ihre Fragen und

Anliegen offen. Über die Besetzung der Ausschüsse und die Auswahl der sachkundigen EinwohnerInnen wird die Fraktion zu einem späteren Zeitpunkt befinden, da sowohl die Ausschüsse selbst, wie auch die Sitze unserer Partei in ihnen noch nicht feststehen.

Die erste Sitzung des neu gewählten Stadtrates findet am 01. Juli statt.

Zuvor tritt am Dienstag, dem 23. Juni 2009 nochmals der alte Stadtrat zu einer Sondersitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen zum einen der vom Landesverwaltungsamt beanstandete Haushalt 2009 sowie im nicht öffentlichen Teil ein Widerspruch der Oberbürgermeisterin gegen Beteiligungsrechte des Stadtrates an kommunalen Beteiligungen.

Die nächsten Fraktionssitzungen finden am 22. und 29. Juni jeweils 17:00 Uhr im Technischen Rathaus statt.

Unterstützung für Bildungsstreik - Bachelor-/ Master-System auf den Prüfstand

Zum (heute beginnenden) einwöchigen bundesweiten Bildungsstreik erklärt Hendrik Lange, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion:

„Bildung ist Menschenrecht und muss zur staatlichen Gesamtaufgabe werden. DIE LINKE unterstützt daher die bundesweiten Proteste um bessere Studienbedingungen, die auch in Sachsen-Anhalt tausende Menschen mobilisieren. Sie legen den Finger in die Wunde der deutschen Bildungspolitik. Was die SchülerInnen, Studierenden und MitarbeiterInnen auf die Straße treibt, ist nicht nur die Angst um die eigene Zukunft.

Es ist auch die angestaute Unzufriedenheit über eine als falsch empfundene Prioritätensetzung der Politik. Noch immer ist das Recht auf Bildung in Deutschland nicht für alle eine reale Chance. Die Reformen der letzten Jahre haben die Studier- und Arbeitssituation an den meisten Hochschulen zudem weiter verschlechtert: Exzellenz- statt Breitenförderung, Verschulung statt neuer Freiräume für kreatives Denken und freies Studieren, Studiengebühren und Mittelkürzungen statt

sozialer Gerechtigkeit beim Bildungszugang.

DIE LINKE fordert gemeinsam mit den Studierenden den freien Übergang vom Bachelor zum Master.

Jede/r Bachelor-AbsolventIn muss auch ein Master-Studium beginnen können. Die Hochschulen und die Politik haben hierzu die Voraussetzungen zu schaffen. Das Bachelor-/ Master-System muss jedoch auch insgesamt darauf überprüft werden, ob es die bei seiner Einführung verfolgten Ziele der internationalen Vergleichbarkeit und Flexibilisierung erfüllt. Ziel muss eine Studienreform sein, die zu besserer Studierbarkeit führt, den Studierenden Freiräume schafft und ein wissenschaftsnahes Studium ermöglicht.

Bildung muss in Deutschland endlich als Gesamtaufgabe verstanden werden. Vor dem Hintergrund bundesweit steigender Studierendenzahlen müssen Bund und Länder gemeinsam für die Ausfinanzierung einer ausreichenden Zahl an Studienplätzen sorgen. Eine Debatte um Bildung als gesellschaftliches Gut ist überfällig. Dazu ist der Bildungsstreik der nötige und überfällige Anlass.“

Akademische Laufbahnen - gefährliche Serpentina mit hoher Absturzgefahr



Petra Sitte, Sprecherin für Forschungs- und Technologiepolitik der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

In den vergangenen Jahren hat DIE LINKE immer wieder Initiativen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ergriffen. Das begann bereits mit Anträgen im Landtag von Sachsen-Anhalt und setzte sich im Bundestag fort. Jüngst fand auf unsere Anregung im Bundestag eine Anhörung zu Qualifikationswegen in der Wissenschaft - in Forschung und Lehre - statt. Diese war ausgesprochen interessant. Nach Auswertung in den Fraktionen und im Forschungsausschuss findet auf der Bundestagsitzung am 18. Juni 2009 eine zweite Lesung aller von den Fraktionen eingereichten Anträge zu dieser Problematik statt.

Ich habe die Positionen der LINKEN, die ich in dieser Debatte natürlich nur fragmentarisch vertreten konnte, ein wenig überarbeitet, um sie an dieser Stelle dokumentieren zu können. Wer jedoch an weiteren Informationen interessiert ist, kann sich diese gern von meiner Seite herunterladen. Im-

merhin handelt es sich um ein sehr komplexes Thema.

Im Jahr 1919 beschrieb der Soziologe Max Weber die Entscheidung junger Menschen für eine Karriere in der Wissenschaft als großes persönliches Risiko: „Denn es ist außerordentlich gewagt für einen jungen Gelehrten, der keinerlei Vermögen hat, sich überhaupt den Bedin-

gungen der akademischen Laufbahn auszusetzen. Er muss es mindestens eine Anzahl Jahre aushalten können, ohne irgendwie zu wissen, ob er nachher die Chancen hat, einzurücken in eine Stellung, die für den Unterhalt ausreicht.“ Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Wertung, 90 Jahre nach Webers berühmtem Vortrag zu „Wissenschaft als Beruf“, nach wie vor den höchst problematischen Umgang mit jungen Leistungsträgern der Wissenschaft beschreibt. Die Situation des so genannten Nachwuchses in Deutschland ist immer noch gekennzeichnet durch große Unsicherheit, durch strukturell bedingte Karrieresackgassen für viele einerseits und Chancen auf die begehrte selbständige Hochschullehretätigkeit für ganz wenige andererseits.

In Zahlen ausgedrückt: Nur ein Fünftel des Personals an Hochschulen ist dauerbeschäftigt, Tendenz fallend. 80 Prozent hingegen

haben entweder befristete Verträge oder verfügen als Lehrbeauftragte über keinerlei verbindliche Vereinbarungen zu ihren Perspektiven. Die Aussicht auf eine Dauerstelle und damit die Möglichkeit eigenständiger wissenschaftlicher Arbeit ist für die überwiegende Mehrheit unserer NachwuchswissenschaftlerInnen nicht mehr als eine vage Hoffnung.

Nur 26 Prozent gaben in einer aktuellen Studie der HIS-GmbH (Hochschulinformationssystem) an, dass sie die Planbarkeit ihrer Laufbahn gut oder sehr gut einschätzen. Lediglich ein Prozent mehr bewerteten die Aufstiegsmöglichkeiten positiv. Die hierarchischen und hierarchischen Strukturen deutscher Wissenschaftslandschaft machen bundesrepublikanische Hochschulen so unattraktiv für junge Menschen. Für Frauen noch stärker als für Männer.

Andere Länder bieten da weit bessere Aussichten: In Großbritannien sind zwei Drittel der Wissenschaftlerstellen unbefristet, in Frankreich sogar drei Viertel. Selbst die „hire and fire“-Mentalität an amerikanischen Hochschulen erlaubt einen Dauerstellenanteil von mehr als 50 Prozent. Der „Braindrain“ (Abfluss von intellektuellem Potential), die Entscheidung zum Gang ins Ausland ist vor diesem Hintergrund nur allzu verständlich. Was das deutsche System vor allem bietet, ist die Aussicht auf den Ausstieg aus der Wissenschaft! Davor stehen vielfältige, zähe Versuche, sich von Befristung zu Befristung zu hangeln. Durch den stei-

genden Anteil der Drittmittelfinanzierung an Hochschulen finden viele zeitweise Beschäftigungsmöglichkeiten. Gedämpft werden dadurch Personalverluste, die aus Streichungen von Stellen und Finanzen blinder Haushaltskonsolidierungsversuche resultierten. Die aktuelle Krise und die Ankündigungen des Finanzministers Sachsen-Anhalts, Jens Bullerjahn (SPD), wie er die Einnahmeausfälle im Lande zu minimieren gedenkt, lassen für die Wissenschaft nichts Gutes erwarten.

Aus der Hochschulrektorenkonferenz des Landes ist zu hören, dass weitere Kürzungen erneut nicht nur einen Substanzverlust mit sich brächten, sondern ganze Hochschulbereiche existenziell bedrohen. Was Wunder, wenn die Studierenden zu einem bundesweiten Bildungstreik aufrufen.

Der Anteil befristeter Mitarbeiterstellen, die durch Drittmittel finanziert werden, ist von 36,2 Prozent im Jahr 1995 auf 43,7 Prozent im Jahr 2007 gestiegen. Personalräte aus Universitäten berichteten auf einer Konferenz zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses an der TU Berlin von der einreißenden Sitte, Wochenverträge für Drittmittelbeschäftigte auszuschreiben. Ich wiederhole: Wochenverträge! Eine Debatte über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wirkt angesichts solcher Realität wie eine Farce.

Wenn von der LINKEN, aber auch von Gewerkschaften, HochschulexpertInnen und dem Deutschen Hochschulverband mehr Dauerstellen für WissenschaftlerInnen gefordert werden, geht es nicht nur um den berechtigten Wunsch

Höchstqualifizierter nach besserer sozialer Absicherung und selbstbestimmter Lebensplanung.

Kreativität und wissenschaftliche Leistung müssen reale Chancen auf Verwirklichung bekommen. Dafür braucht der akademische Nachwuchs in seiner innovativsten Lebensphase Bedingungen, unter denen selbständig geforscht und gelehrt werden kann. In den heutigen Strukturen sind fast alle, die es nicht auf eine der wenigen Hochschullehrerstellen geschafft haben, eng an einen Mentor, selten übrigens an eine Mentorin gefesselt. Sie vertreten diese in der Lehre, nehmen Prüfungen ab, organisieren Konferenzen, arbeiten Drittmittelanträge und Forschungstexte zu.

Empirische Untersuchungen, wie etwa die >Mittelbaustudie< der TU Berlin, zeigen eindringlich, dass neben der Arbeitsbelastung am Lehrstuhl häufig kaum Zeit bleibt, die eigene Karriere, die eigene Qualifikation zielstrebig zu verfolgen. Schätzungen gehen davon aus, dass die Hälfte(!) der Promotionen abgebrochen werden. Die Datenlage dazu muss deutlich verbessert werden.

Der wissenschaftliche Mittelbau spielt auch in der Debatte um die Qualität der Lehre eine entscheidende Rolle. Mit der Umstellung auf gestufte und modularisierte Studiengänge sind die Belastungen weiter gewachsen. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen immer größere Teile der Lehrverpflichtungen, ohne dass ihnen Qualität und Quantität dieser Veranstaltungen einen echten Vorteil bei Berufungsentscheidungen verschaffen würde.

Angesichts der beschriebenen Misere werden zumeist die Länder in Haftung genommen: Sie sind nämlich - insbesondere auf Drängen der WissenschaftsministerInnen - nach der Föderalismusreform nahezu ausschließlich für die Finanzierung der Hochschulen zuständig und haben die entsprechenden Gesetze in der Hand.

DIE LINKE hält diese Entwicklung für fatal. Der Bund kann nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Die Exzellenzinitiative, deren Fortsetzung gerade beschlossen wurde, verstärkt die Tendenz, unbefristete Stellen durch befristete zu ersetzen. Auf den daraus folgenden Wettbewerbsdruck samt aufwändiger Antragsverfahren für Projekte, die jeweils eine Laufzeit von fünf Jahren haben, reagieren die Universitäten mit weiterer Flexibilisierung ihrer Personal- und Stellenplanung. Befristungen aber sind nur unterhalb der Stellenkategorie >Professur< möglich. Die wenigen noch unbefristeten, nichtprofessoralen Stellen, etwa HochschuldozentInnen, fallen dieser Entwicklung ebenfalls mehr und mehr zum Opfer: Kamen im Jahr 2000 nur 3,6 befristete Mittelbaustellen auf eine unbefristete, sind es aktuell mehr als fünf. Zudem führt das exzessive Antragswesen in Peer-Review-Verfahren (Begutachtung) dazu, dass der Ruf der Antragstellenden immer wichtiger wird. Ohne MentorIn, der bzw. die einen guten Namen gibt und Einfluss geltend machen kann, bekommt kaum ein bzw. eine NachwuchswissenschaftlerIn Drittmittel bewilligt. Dies verschärft personelle Abhängigkeiten in Zeiten der Exzellenzrhetorik. Wer heu-

te die 4.200 neuen Stellen aus dem Elitewettbewerb abfeiert, muss ehrlicherweise zugeben, dass sich vermeintliche Sprungbretter in Schleudersitze verwandeln können. Was nach dem Exzellenzyklus passiert, ist nämlich weitestgehend offen.

Die großkoalitionäre Begeisterung über die Exzellenzinitiative zeigt, dass sie samt ihrer Forschungsministerin das Kernproblem - kontinuierliche Nachwuchsförderung - nicht erfasst hat. Da hat man ein Internet-Portal >KISSWIN< geschaffen, um Informationen über Karriere- und Fördermöglichkeiten zu präsentieren. Das mag ja eine sinnvolle Initiative sein. Aber es bringt nicht ein Stelle mehr ins System.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat einen „Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ in Auftrag gegeben“. Sehr loblich. Wirklich sinnvoll wäre der Aufwand jedoch nur, wenn Koalition und Ministerin den kritischen Analysen zu strukturellen Problemen und mangelnder Ausstattung mit Geld und Personal mittels konstruktiver Lösungsvorschläge und Beschlüssen entsprochen hätte.

Dabei liegen Vorschläge längst auf dem Tisch. Immerhin böte die Umsetzung des Hochschulpaktes II auch für den Bund Einflussmöglichkeiten. Zuerst benötigt der Hochschulpakt I umgehend eine nachhaltige finanzielle Grundlage. Die Länder brauchen Planungssicherheit. Diese Mittel können bei entsprechender Zweckbindung dann auch den Hochschulen gewährt werden.

Es muss endlich die Praxis beendet

werden, befristete Nachwuchsstellen zur Verschiebemasse zu degradieren. Statt dessen sind Promotions- bzw. Qualifizierungsvereinbarungen abzuschließen. Integriert werden müssen Elemente der persönlichen Kompetenzentwicklung durch spezifische Weiterbildungsangebote zu Lehrbefähigung, Sprachen, Zeitmanagement, Teambildung- und -führung, IT-Wissen, Vernetzung, Genderansätzen und Interdisziplinarität. Ohne Zweifel ist es an der Zeit, neben der Zahl der Studienanfängerplätze auch weitere Kriterien zur Studienqualität in den Hochschulpakt zu integrieren. So etwa die Senkung von Abbrecherquoten und Zahl von AbsolventInnen. Dadurch würden Lehre und Wertschätzung der Arbeit des wissenschaftlichen Mittelbaus aufgewertet.

Grundsätzlich jedoch müssen Gesetzgebung, Tarifrecht und Förderlandschaft auf ein neues Modell von „Wissenschaft als Beruf“ auch neben der Professur eingestellt werden. Wissenschaft ist danach als kollektiver Prozess zu behandeln. Planbarkeit, Transparenz und Durchlässigkeit werden so zu Leitmotiven akademischer Personalpolitik.

Und der Bund muss das Wissenschaftszeitvertragsgesetz überarbeiten. Die Tarifsperre ist abzuschaffen und die Befristungsmöglichkeiten für Drittmittelbeschäftigte sind wieder zu begrenzen. Wir brauchen einen flächendeckenden Wissenschaftstarifvertrag, der die soziale Absicherung des akademischen Mittelbaus bzw. wissenschaftlichen Nachwuchses zum Ziel hat und die

Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf ermöglicht. Ein solcher Vertrag sollte auch Tarifregelungen für PrivatdozentInnen und Lehrbeauftragte enthalten.

Qualifikationsformen, welche die frühe Selbständigkeit der WissenschaftlerInnen sowie eine Beschleunigung ihrer Laufbahn zum Ziel haben, müssen durch den Bund stärker gefördert werden. Ein Aufstocken und Reformieren der bekannten Programme der Deutschen Forschungsgemeinschaft - wie durch >Eigene Stelle< oder >Heisenberg-Professur< geschehen -, reicht nicht aus. Vielmehr ist ein neues Programm zur Unterstützung der Juniorprofessur nötig. Alle befristeten Qualifikationswege bedürfen zukünftig einer Tenure-Track-Option (Fortsetzung der Laufbahn an der Hochschule). Nach positiver Bewertung der Arbeit von JuniorprofessorInnen soll es eine verlässliche Chance auf eine dauerhafte Hochschullehrerstelle geben.

Der Antrag der LINKEN zeigt konkrete Maßnahmen auf und stellt zugleich die Grundsatzfrage:

Soll das Wissenschaftssystem an der Basis gestärkt werden oder wollen Bundesregierung und FDP auch weiterhin vor allem um professorale Spitzengehälter und einen Markt für elitäre Spitzenwissenschaftler kämpfen?

Max Weber wüsste die Antwort!

Petra Sitte,
Sprecherin für Forschungs- und Technologiepolitik der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag



entschlossen-gewaltfrei-phantasievoll

ca. 600 Hallenserinnen und Hallenser kamen am Abend des 17. Juni am ComCenter zusammen, um gegen den Neonazi-Aufmarsch zu protestieren.



Verfassungsschutzbericht - Gefahr für die Demokratie ging auch 2008 eindeutig von Rechts aus

Innenminister Hövelmann hat heute den Verfassungsschutzbericht 2008 vorgestellt. Hierzu erklärt die innen- und rechtspolitische Sprecherin der Fraktion Gudrun Tiedge:

„Die vorliegenden Zahlen belegen es eindeutig: Rechtsextremismus stellt eine zunehmende Bedrohung für die verfassungsrechtliche Grundordnung sowie das demokratische Gemeinwesen der Bundesrepublik dar. Auch Sachsen-Anhalt leidet unter einer besonderen Konjunktur des Rechtsextremismus. Gefahren für Menschenwürde und Menschenrechte gehen heute insbesondere von rechtsextremen Kräften im Lande aus.

DIE LINKE begrüßt es, wenn der Innenminister mit der Vorstellung des Berichtes ausdrücklich darauf hinweist. Dabei ist die NPD ohne Zweifel eines der organisatorischen Zentren des Rechtsextremismus, das Hauptproblem jedoch liegt in rechtsextremistischem, rassistischem und fremdenfeindlichem Gedankengut, das in die Mitte der Gesellschaft eingedrungen ist.

Gesellschaft und Politik stehen somit vor einer ernsthaften und ernstzunehmenden Herausforderung. Ein verstärktes und konsequentes staatliches Handeln gegen Rechtsextremismus ist ebenso gefordert, wie Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement eines jeden Einzelnen.

Der Rechtsstaat hat dies mit seinen Mitteln zu befördern und zu unterstützen.

Es bleibt daher für DIE LINKE außerordentlich wichtig, dass bestehende Strukturen und Projekte, Vereine und Institutionen, die sich aktiv gegen Rechts engagieren, eine langfristige, auf Dauer finanziell und personell gesicherte Unterstützung erhalten.

Und an dieser Stelle bewegen sich die mit dem Strategiepapier zur Finanzpolitik des Landes Sachsen-Anhalt beabsichtigten Streichungsabsichten des Finanzministers politisch an der Grenze der Verantwortungslosigkeit. Der Verfassungsschutzbericht belegt die Gefahr von Rechts - ihr gilt es mit dem öffentlichen Eintreten der Gesellschaft für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt zu begegnen.“

Es geht um reale Veränderungen - Für eine LINKE, die die Lage der Menschen verbessert

Aufruf von ehemaligen Mitgliedern der Steuerungsgruppe aus PDS und WASG für die Gründung der Partei DIE LINKE

Vor vier Jahren haben wir uns gemeinsam auf den Weg zur Gründung einer neuen LINKEN gemacht. Wir sind damals angetreten, um eine Politik im Interesse der Mehrheit zu machen. Heute können wir stolz sagen: Es hat sich gelohnt. DIE LINKE wirkt. Ohne uns hätte ab 2005 eine schwarz-gelbe Mehrheit den Sozialstaat zertrümmert. Ohne uns hätte die SPD noch mehr sozialen Grausamkeiten zugestimmt. Ohne uns hätte es keine Verlängerung des Arbeitslosengelds I, keine Aussetzung des Riesterfaktors in der Rente, keinen Aufschub der Bahnprivatisierung und keine Mindestlöhne für einzelne Branchen gegeben.

Aber wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Die Welt wird von der größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten heimgesucht. Millionen Menschen werden ihren Job verlieren. Der Druck auf die Löhne wird zunehmen. Der Sozialstaat steht vor einer

Belastungsprobe. Nach den Wahlen dieses Jahres werden die anderen Parteien der Bevölkerung skrupellos die Rechnung für die Milliardenchecks präsentieren, mit denen sie jetzt Banken und Unternehmen retten. Es gibt nur eine politische Kraft, die überhaupt das Potenzial hat, die Verteidigung des Sozialen zu organisieren: Das ist DIE LINKE. Wir haben eine große Chance und eine große Verantwortung. Nie war DIE LINKE nötiger als jetzt.

DIE LINKE ist kein Selbstzweck. Wir messen den Gebrauchswert unserer Partei jeden Tag neu daran, ob sie in der Lage ist, die Interessen von Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern und Studierenden wirksam zu vertreten. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns in der Krise nicht auseinander treiben lassen.

Deshalb muss DIE LINKE dem Einenden den Vorrang geben. Wir brauchen Ideen und Konzepte, die den Menschen konkrete Perspektiven in der Krise bieten. DIE LINKE ist nur dann glaubwürdig, wenn sie neben guten Konzepten auch Realisierungsperspektiven anbietet. Die Vertretung der Interessen von Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern ist für uns keine bloße Floskel, sondern Grundlage unseres Handelns auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, in Opposition und Regierungsverantwortung, unabhängig von Koalitionspartnern und Kassenlage.

Für DIE LINKE geht es um mehr. Für die Menschen geht es um mehr. Wir sind für eine neue soziale Idee angetreten und müssen auch in dieser Krise die Kraft sein, die im Hier und Jetzt den Sozialstaat verteidigt und ein Bündnis für den sozialen Fortschritt schmiedet. Wir dürfen in den bevorstehenden Auseinandersetzungen um Betriebsschließungen und Massenentlassungen ebenso keinen Zweifel daran lassen, dass wir an der Seite der Beschäftigten um Arbeitsplätze und Löhne kämpfen.

Vier Jahre nach dem Aufbruch zur Gründung der neuen LINKEN machen wir einen weiteren Schritt auf dem Weg der Vereinigung. Wir wollen, dass DIE LINKE tatsächlich zusammenwächst - über die Grenzen zwischen Strömungen und zwischen Ost und West hinweg. Wir wollen ein klar erkennbares politisches Zentrum für DIE LINKE. Wir wollen das Einende über das Trennende stellen. Unsere Basis sind die Interessen der Menschen und der feste Willen, im Hier und Jetzt etwas für die Verbesserung ihrer Lage zu tun. Wir wollen ein Bündnis für den sozialen Fortschritt schmieden und Verantwortung für die Interessen der Menschen übernehmen. Daran messen uns zu Recht die Wählerinnen und Wähler. Daran müssen wir uns messen.

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner:

Dietmar Bartsch - Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Mitglied des Bundestags, Lothar Bisky - Vorsitzender der Partei DIE LINKE, Mitglied des Europäischen Parlaments, Dagmar Enkelmann - Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Klaus Ernst - Stellvertretender Vorsitzender von Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE, Karl Holluba - Bundesschatzmeister der Partei DIE LINKE, Katja Kipping - Stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Mitglied des Bundestags, Bodo Ramelow - Mitglied des Parteivorstands, Mitglied des Bundestags, Dolores Rente - Mitglied des Landtags Sachsen-Anhalt, Katina Schubert, Axel Troost - Mitglied des Parteivorstands, Mitglied des Bundestags

Weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Joachim Bischoff - Mitglied der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Werner Dreibus - Stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Wulf Gallert - Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, Matthias Höhn - Vorsitzender der Partei DIE LINKE Landesverband Sachsen-Anhalt, Mitglied des, Landtags Sachsen-Anhalt, Kerstin Kaiser - Vorsitzende der Linksfraktion im Brandenburger Landtag, Knut Korschewsky - Vorsitzender der Partei DIE LINKE Landesverband Thüringen, Jan Korte - Mitglied des Parteivorstands, Mitglied des Bundestags, Caren Lay - Mitglied des Parteivorstands, Mitglied des Sächsischen Landtags, Klaus Lederer - Vorsitzender der Partei DIE LINKE Landesverband Berlin, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Meike Lüdemann - Mitglied im Landesvorstand Schleswig-Holstein, Oliver Nöll - Mitglied im Landesvorstand Hessen, Sprecher der Sozialistischen LINKEN Hessen, Björn Radke - Landesprecher Landesverband Schleswig-Holstein, Peter Ritter - Vorsitzender der Partei DIE LINKE Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Mitglied, des Landtags Mecklenburg-Vorpommern, Kathrin Senger-Schäfer - Vorsitzende des Landesverbands Rheinland-Pfalz, Alexander Ulrich - Vorsitzender des Landesverbands Rheinland-Pfalz, Peter Vetter - Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand Hessen

Wehrmachtstraditionen haben in öffentlichen Festumzügen nichts zu suchen

Zum Agieren des Fördervereins für das Militärhistorische Museum Anhalt auf dem Festumzug zum Sachsen-Anhalt-Tag in Thale (s. auch Mitteldeutsche Zeitung vom 18.06.2009) erklärt die rechts- und innenpol. Sprecherin der Fraktion Gudrun Tiedge:

„Das Vorführen von Wehrmacht-uniformen mit „notdürftig abgeklebter“ Nazi-Symbolik sollte nicht einfach mit Gedankenlosigkeit oder dem Wirken eines Fördervereins abgetan werden.

Vielmehr verdeutlicht der Vorgang, zu dem Proteste während des Festumzuges selbst zumindest nicht öffentlich bekannt wurden, dass äußerste Sensibilität und vor allem ein sorgfältiger Umgang mit der öffentlichen Darstellung militär-

historischer Ereignisse gefragt sind. Ansonsten leistet man - ob gewollt oder nicht - Vorschub, dass rechtes und militaristisches Gedankengut weiter in die Mitte der Gesellschaft vordringt.

Befremdlich ist im übrigen auch die Reaktion der Regierungssprecherin Zimmermann: „Grundsätzlich sei die Teilnahme solcher Akteure aber „nicht gewollt“.“, so wird sie in den Medien zitiert - aber ist das nicht etwas wenig?

Offenbar ist bei der Vorbereitung

solcher Veranstaltungen noch mehr Sorgfalt gefragt, vor allem ist immer wieder neu darüber nachzudenken, welche Art von Traditionen in einem solchen Festumzug ihren Platz haben soll und welche nicht - Traditionspflege der faschistischen Wehrmacht jedenfalls hat dort nichts zu suchen. Fragen dazu müssen sich auch die Organisatoren gefallen lassen, und es bleibt zu hoffen, dass die Antwort künftig ein klares und ausschließliches NEIN sein wird.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - täglich
Auflage: 650 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
18.06.2009
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 23.07.2009

DIE LINKE Halle sagt Danke

Bei der Europawahl ist es uns gelungen, in Halle unsere Position als stärkste Kraft zu behalten. Bei der Kommunalwahl gelang es uns, unsere Sitze im Stadtrat zu behaupten. Ich möchte mich im Namen des Stadtvorstandes herzlich bei Allen bedanken, die hierzu beigetragen haben. Ob als KandidatIn, an Infoständen, beim Austragen der Wahlzeitung oder beim Plakatieren; Jeder hat dazu beigetragen, dass uns dieses gute Ergebnis gelungen ist.

Der Stadtvorstand lädt alle Mitglieder und Freunde unserer Partei sowie alle Kandidatinnen und Kandidaten zu einer kleinen Dankeschön-Veranstaltung ein.

Wir laden Dich, am Freitag, dem 26. Juni 2009, ab 17:30 Uhr zum Hoffest in der Blumenstraße 16 ein.

Bei Bier, Wein (oder alkoholfreien Getränken) und Essen vom Grill wollen wir die Wahl auswerten und Kraft für die vor uns stehende Bundestagswahl sammeln.